

## Kritik am Klimaschutzplan 2050 / Zu hohe Anforderungen und Verbote für Eigenheimbesitzer und Vermieter schaden der Energiewende

News vom 08.07.2016

**Die Maßnahmen für den Gebäudebereich im jüngst publik gewordenen Entwurf der Bundesregierung für einen Klimaschutzplan schaden dem Erreichen der Energieeinsparziele, weil sie bewährte Effizienzmaßnahmen ausschließen und die energetische Sanierung insgesamt verteuern. Davor warnt das Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO).**



IWO-Geschäftsführer Adrian Willig. Bild: IWO

"Wir begrüßen die Anstrengungen für mehr Energieeffizienz, gerade im Gebäudebereich", erklärt IWO-Geschäftsführer Adrian Willig. "Doch sollten alle Maßnahmen wirtschaftlich, sozial ausgewogen und technologieoffen sein. Mit zu hohen Anforderungen und Verboten wird man die Energiewende und damit auch den Klimaschutz nicht voranbringen. Sie belasten die Hauseigentümer und verunsichern alle, die ihre Heizung bereits jetzt modernisieren wollen."

Der von Bundesumweltministerium federführend verfasste "Klimaschutzplan 2050" sieht in seiner derzeitigen Fassung eine drastische Einschränkung im Bereich der Heiztechnologien vor. So soll der Einbau neuer effizienter Brennwertheizungen im Sanierungsfall ab 2020 nicht mehr staatlich gefördert werden und zudem ab 2030 gänzlich ausgeschlossen werden. Da selbst Holzheizungen aus Sicht der Klimaschutzministerin Hendricks nicht mehr infrage kommen, wären faktisch nur noch Strom-Wärmepumpen zugelassen - Heizöl, Erdgas und Holz würden aus dem Energiemix verdrängt.

Allein im Hinblick auf die in Deutschland betriebenen Ölheizungen beträfe dies 20 Millionen Menschen. "Die Bundesregierung würde den jetzigen Plänen zufolge nicht nur den Verbraucherwillen ignorieren, sondern den Eigenheimbesitzern und Vermietern künftig beträchtliche Kosten für die Umstellung ihrer Heizsysteme auf Strom-Wärmepumpen aufbürden", so Willig. Zudem wäre bei einer einseitigen Fixierung auf Strom die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. "Es ist derzeit überhaupt nicht abzusehen, ob die Produktion von Wind- und Solarstrom sowie das Stromnetz überhaupt in dem Maße ausgebaut werden können, wie der 'Klimaschutzplan 2050' das vorsieht. Zumal ja auch andere Sektoren wie etwa der Verkehr elektrifiziert werden sollen. Und selbst wenn das gelänge, müssten deutlich höhere Kraftwerkskapazitäten als bisher für Zeiten vorgehalten werden, in denen Sonne und Wind nicht genug Energie liefern."

Darüber hinaus würden die Pläne der Bundesregierung Verbraucher, die jetzt modernisieren wollen, unnötig verunsichern. "Wer eine neue Öl- oder Gas-Brennwertheizung einbaut, kann auf einen Schlag die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 Prozent reduzieren. Wer zusätzlich Solarthermie und einen Kaminofen nutzt sowie Maßnahmen zur Gebäudedämmung vornimmt, kann so Einsparungen von 60, 70 oder sogar mehr als 80 Prozent erzielen", erklärt Willig. Zudem könnten ölbeheizte Gebäude mittels Power-to-Heat auch Strom aus erneuerbaren Quellen nutzen und dabei sogar die Stromnetze entlasten, wenn die Regierung die nötigen Rahmenbedingen schaffen würde.

"Das alles ist bereits heute ohne Verbote möglich. Es ist daher viel wichtiger, die Menschen aufzuklären und zu motivieren, als ihnen vorzuschreiben, wie sie klimapolitisch korrekt zu leben haben und wie sie energetische Modernisierungen vornehmen sollen", so Willig. Eine Abkehr vom Weg der Technologieoffenheit würde zudem Deutschland als Wirtschaftsstandort schwächen und seine Vorreiterrolle im Bereich der Energiewende gefährden. "Die Heiztechnik und die Brennstoffentwicklung können in den kommenden Dekaden noch beachtliche Fortschritte erzielen. Alle Forschungsvorhaben werden aber bereits heute gefährdet, wenn die Regierung verbietet, statt zu fördern."

